



Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

Ausgabe 5/2006

24. April 2006

GdP - Deine richtige Wahl von Harald Schneider, Landesvorsitzender GdP Bayern und Vors. GdP Unterfranken



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, nur noch wenige Tage trennen uns von der Personalratswahl 2006. Manche von Euch sind sich vielleicht noch gar nicht schlüssig, ob sie überhaupt zur Wahl gehen sollen. Es fehlt die Motivation bei so vielen Verschlechterung, die es in den letzten Jahren für die Polizeibeschäftigten in Bayern gegeben hat. Es ist müßig sie alle aufzuzählen.

Aber nicht zur Wahl zu gehen, wäre das vollkommen falsche Signal in Richtung unseres Dienstherrn, in Richtung Politik. Zum einen sind die Personalräte für diese Verschlechterungen nicht verantwortlich und wären die falschen Adressaten für eine Wahlverweigerung. Zum anderen ist gerade in diesen Zeiten des Umbruchs eine starke Wahlbeteiligung ein Fingerzeig, dass die Personalvertretungen von den Beschäftigten ernst und wichtig genommen werden.

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050

Können die Personalräte überhaupt etwas bewegen? Oh ja, sie können. Dies kann ich aus meiner nun mehr als 20jährigen Personalratstätigkeit ohne Umschweife behaupten. Eine gute Personalratstätigkeit beschränkt sich beileibe nicht auf die im Gesetz festgeschriebenen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte. Es gibt viele Gestaltungsmöglichkeiten

Unser Innenminister Dr. Beckstein und mit ihm die gesamte Führungsspitze im Innenministerium zeigt sich stets gesprächsbereit für die Personalräte der Polizei. Wenn auch die Ergebnisse nicht immer hundertprozentig erfolgreich sind, an der Gesprächsbereitschaft hat es noch nie gemangelt. Dies gilt ebenso für die meisten Dienststellenleiter.

Die Polizeireform, die Einsatzbelastungen 2006 mit der Weltmeisterschaft, dem Papstbesuch, einem längeren Oktoberfest und andere Einsätze erfordern geradezu eine starke Personalvertretung, die sich vorbehaltlos für die Beschäftigten einsetzt. Die GdP in Bayern hat gerade in den letzten Monaten einige Initiativen gestartet, die schon ihre Früchte tragen. So wurden durch die Aktion „Schrottauto“ über 500 neue Dienstfahrzeuge beschafft, die Initiative „Lebenslänglich“ München hat Bewegung in die Politik gebracht und vor Gericht werden wir hier sicherlich einen Erfolg feiern können. In Sachen Zweitwohnungssteuer in München werden wir noch nachlegen und lassen uns durch das Münchner Urteil nicht verunsichern. Auf einem guten Weg befinden wir uns mit dem Zusatzurlaub für Schichtdienstleistende. Wir haben die Zusage der Regierungsfraktion, dass sich hier in den

nächsten zwei Jahren etwas bewegen wird. Und natürlich greifen wir die katastrophale Beförderungssituation in der bayerischen Polizei auf.

Arbeit gibt es zur Fülle. Unsere Personalräte haben keine Zeit mit dem Bauchladen herumzulaufen und alles Mögliche zu verhökern. Wer dies als seine Hauptaufgabe ansieht, sollte die Finger vom Personalratsgeschäft lassen.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die das Bayerische Personalvertretungsgesetz einfordert ist eine Bringschuld von beiden Seiten. Dies wird von manchen Vorgesetzten vergessen, die immer noch selbst glauben zu wissen, was für ihre Mitarbeiter das Beste ist und sich selbst für die besten Personalräte halten. Viele Dienststellenleiter haben das große Glück, dass sie sich nicht alle vier oder jetzt fünf Jahre den Wählern, sprich den Beschäftigten stellen müssen. So manche Karriere hätte hier bereits nach einer Legislaturperiode ihr jähes Ende gefunden.

Ich appelliere an Euch alle, am 9. Mai zur Wahl zu gehen und die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP zu unterstützen. Ich bin richtig stolz darauf, wie viele Kolleginnen und Kollegen in Bayern sich bereit erklärt haben für uns zu kandidieren.

Sie sind gewillt ihre ganze Kraft für andere einzusetzen und für Verbesserungen im Bereich der Polizei zu kämpfen. Es ist für jede und jedem Kollegen Platz, denn es gibt eine ganze Reihe von Aufgaben abzuarbeiten. Ich wünsche Euch eine gute Wahl.

Euer
Harald Schneider



Pressekonferenz „Todesfalle Autobahn“

gdp - Im Zeichen des Arbeitsschutzes stand die am 20.04.06 durchgeführte Pressekonferenz der GdP mit dem Motto „Todesfalle Autobahn“. LV Harald Schneider, sein Vertreter Peter Schall und LBV-Mitglied Günter Kellermeier erläuterten ei-

nem zahlreich erschienenen Medienaufgebot die besonderen Gefahren für die auf den bayerischen Autobahnen eingesetzten Kollegen. Regelmäßig kommt es zu schweren Unfällen, teils mit tödlichem Ausgang, so im letzten Halbjahr auf der

A 9 bei Hof und der A 8 bei Günzburg. Eine Ursache dafür ist die schlechte Erkennbarkeit der Einsatzstelle, hier könnte eine bessere Schutzkleidung und entsprechend ausgerüstete Einsatzfahrzeuge der Polizei die Risiken minimieren. Dagegen erhöhen die Einführung sog. „Schmalspurautobahnen“ mit schmälere Fahrspuren und nicht ausreichendem Standstreifen sowie die sog. Betongleitwände, an denen Fahrzeuge abprallen und unkontrolliert wie Geschosse über die Fahrbahn schleudern, die Gefahr für die eingesetzten Polizeibeamten. Eine konsequente Anwendung der Arbeitssicherheits- und Arbeitsschutzgesetze, die den stets besten Schutz auf neuestem technischen Stand fordern, könnte hier Menschenleben und die Gesundheit der Kollegen sowie der Verkehrsteilnehmer retten, was aber aus Kostengründen in Bayern derzeit nicht geschehe. Jede Baustelle im Straßenraum sei besser abgesichert als die Einsatzstelle der Polizei, so der Tenor der Veranstaltung. **PSch**



Von Firma Nissen entwickeltes LED-Display mit frei programmierbaren Texten und hinterlegten Verkehrszeichen zur besseren Absicherung von Einsatzstellen

GdP im Gespräch / Briefaktion TVÖD

von Erika Engl



gdp - Am Gründonnerstag trafen sich Erika Engl (Stv. Landesvorsitzende) und Erwin Zacherl (HPR-Vorsitzender) mit

Herrn Ministerialdirigent Hüllmantel vom Finanzministerium zu einem Gespräch wegen der vom Finanzministerium angedachten Budgetierung des Tarif-

bereiches. Diese Budgetierung ist so zu verstehen, dass es künftig keine Stellenbindung mehr gibt, sondern die Wertigkeit (also die entsprechenden Haushaltsmittel für die Stellen) in ein Budget eingestellt werde, welches dann ggf. auch für Sachmittel eingesetzt werden kann. Damit wäre künftig ein Austausch zwischen Personalkosten zu Sachmitteln möglich, es könnte somit statt einer Angestellten z.B. in EDV investiert werden. Von Gewerkschaftsseite wird hinter dieser Budgetierung ein weiterer Personal-

abbau befürchtet, der einen weiteren Rückgang qualitativer Arbeit auf den Dienststellen bedeutet. Dies führt auch zu einem weiteren Eingriff in unsere Sozialversicherungssysteme. Herr Hüllmantel sprach von einem möglichen Pilotversuch 2007/08 im Arbeitnehmerbereich der Vermessungsverwaltung und dem Zentrum Bayern Familie und Soziales, für die Polizei würde dies erst ab 2009 geplant sein. Seiner Meinung nach würde eine Budgetierung des Arbeitnehmerbereiches



Fortsetzung von Seite 2

jedoch keine Auswirkungen auf einen Arbeitsplatzabbau haben. Einer der Gründe für diese Personalbudgetierung sei in der künftigen leistungsorientierten Bezahlung durch den TVöD zu sehen, woher solle sonst das Geld hierfür kommen? Auf Nachfrage bezüglich des neuen Tarifvertrages stellte Herr Hüllmantel fest, dass das Land Bayern an einer Übernahme des TVöD wohl interessiert sei und er

sich einen Kompromiss in nächster Zeit in den Ländern vorstellen können. Allerdings kritisierte er den Streik und sprach von Überlegungen der Arbeitgeber zur weiteren Privatisierung. Zum Abschluss des Gespräches äußerten die GdP-Vertreter ihren Unmut wegen der verweigernden Haltung des Finanzministers zur Annahme der GdP-Briefaktion i.S. TVöD. (Die Briefe konnten da-

her nur in der Poststelle des Finanzministeriums abgegeben werden.) Für ein solches Desinteresse bzw. Missachtung der Beschäftigten hat die GdP überhaupt kein Verständnis. Ein solches Verhalten widerspricht dem Grundgedanken der Menschenwürde und der Anerkennung von Arbeitnehmerrechten!

Gemeinsame Demonstration von ver.di und GdP in Würzburg



Rund 1200 Demonstranten trafen sich in Würzburg zur bayernweiten Auftaktveranstaltung von Ver.di und GdP nach den Osterferien. Unsere streikbewährten Kolleginnen und Kollegen aus München kamen extra mit dem Bus nach Würzburg, um an der Demo teilzunehmen. Unterstützt wurden sie dabei kräftig von 20 Kollegen aus der Bereitschaftspolizei in Würzburg unter der Führung vom DG-Vorsitzenden Jürgen Schneider. Bei der Kundgebung am Vierröhren-Brunnen sprach auch unser Landesvorsitzender Harald Schneider. Er forderte die öffentlichen Arbeitgeber auf, endlich ein brauchbares Verhandlungsergebnis auf den Tisch zu legen



Gesundheitswesen – wohin geht die Reise ?

von Peter Schall



Die von diversen Unternehmen finanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft veranstaltete eine Podiumsdiskussion zum

Thema „Notfall Gesundheitswesen“. Hauptredner waren u.a. der ehem. sächs. MP Dr. Kurt Biedenkopf, die bayer. Staatsministerin Christa Stewens und Prof. Raffelhüschen von der Uni Freiburg, die einige interessante Zahlen zum Thema Gesundheit sowie etwaige Lösungsmöglichkeiten zur Reform des Gesundheitswesens diskutierten.

So sprach Prof. Raffelhüschen davon, dass alleine die demographische Entwicklung in Deutschland kaum zu bewältigen ist, da der Beitrag für die Gesetzliche Krankenkasse von derzeit rund 14 % alleine deswegen auf ca. 20 % steigen müsse. Dazu käme die Kostensteigerung durch die technische Entwicklung mit weiteren 7 – 8 %, so dass in 10 Jahren mit einem Beitrag in der GKV von 27-28 % zu rechnen sei. Aufgrund der Statistiken und der Entwicklung in den letzten Jahren geht man davon aus, dass zukünftig zwei Drittel der jetzigen Beitragszahler doppelt so viele Kranke wie bislang finanzieren müssen. Bereits jetzt kostet der „Durchschnittsrentner“ die GKV rund 5.000 Euro jährlich, während er lediglich 1.200 Euro einzahlt. Dabei ist die Gesundheitsindustrie der Wirtschaftszweig mit garantiertem Wachstum, allerdings kann dies nicht die Sozialversicherung alleine leisten. Deshalb bleibe nur eine Rationierung der Leistungen, die allerdings nicht vom Staat verordnet, son-

dern sich wirtschaftlich infolge mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung des Patienten ergeben müsse. Zur Motivation des Patienten für ein kostenbewusstes Verhalten gehöre ein Selbstbehalt. In der Schweiz betrage dieser 400 € jährlich, dessen Wirkung sei aber begrenzt, weshalb derzeit überlegt wird, diesen auf 1.000 € anzuheben, dafür aber die KV-Beiträge zu senken.

Das SPD-Modell Bürgerversicherung sei keine Lösung, da das Umlageverfahren der GKV bereits jetzt nicht funktioniere und damit von 90 % auf 100 % ansteige (10 % der Bürger sind in der Privaten Krankenversicherung, die infolge Beitragsrückerstattung bei Leistungsfreiheit und Wettbewerb erheblich effektiver arbeite). In die richtige Richtung geht seiner Meinung nach die Kopfpauschale der CDU, aber es müsse auch im Gesundheitssystem selbst zu Reformen kommen.

Statistisch gesehen gibt übrigens jeder Haushalt nur 12 % seines Einkommens für die Gesundheit, aber 18 % für die Mobilität aus.

Auch Herr Dr. Biedenkopf und Frau StM'in Stewens machten klar, dass in Zukunft die Parole „Alles wird für jeden bezahlt“ nicht mehr greife. Es müsse vielmehr daran gedacht werden, eigenes gesundes Verhalten zu honorieren, bestimmte Leistungen komplett aus dem Leistungskatalog zu nehmen (z.B. Zahnersatz) und in manchen Bereichen eine Grundversorgung zu garantieren,

sozusagen den Volkswagen - den Mercedes könne sich der Bürger dann auf eigene Kosten leisten. Frau StM'in Stewens berichtete von sehr schwierigen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner, da die SPD auf ihrer Bürgerversicherung beharre. Die kassenfremden Leistungen, wie z.B. die Mitversicherung der Kinder, sei eine aus Steuermitteln zu finanzierende Staatsleistung, die aber bereits in der GKV mit 14 Mrd. € zu Buche schlage, bei Einbeziehung der PKV-versicherten Kinder sogar mit 16 € Mrd., was bei der derzeitigen Haushaltslage überhaupt nicht zu finanzieren sei.

Man darf gespannt sein, ob der Politik mit der beabsichtigten Gesundheitsreform der „Große Wurf“ gelingt, oder ob wie in den letzten Jahren nur Problemverschiebung statt einer Lösung erfolgt.

schnell - sicher - günstig
VITAWARE.DE
Ihre Versandapotheke

Mitgliederservice der GdP, Sozialwerk der Gewerkschaft der Polizei Bayern GmbH

SW Medical Internet-Apotheke

z.B.

	BEPANTHEN® PZN 1578818 50 g Salbe	PZN 1578847 100 g Salbe
7,95	5,85	11,69 9,35
100g = 11,70 €		100g = 9,35 €

BEPANTHEN®: Mund- und Halsheiler. Wirkstoff: Diphenylol-Ethanol. Anwendungsgebiete: Zur Unterstützung der Heilung bei oberflächlichen leichten Haut- und Schleimhautschädigungen. Bayer Vital GmbH, D-51388 Leverkusen®

	VOLTAREN® SCHMERZGEL PZN 0458503 60 g	PZN 0458532 120 g
6,55	5,24	11,95 9,56
100g = 8,73 €		100g = 7,96 €

VOLTAREN® Schmerzgel (Ibuprofen) Wirkstoffe: Ibuprofen, Anwendungsgebiete: Zur akuten Behandlung von Schmerzen, Entzündungen und Schwellungen bei Arthrose, Arthritis, Bänder- und Sehnenverletzungen, Rücken- und Gelenksbeschwerden, Schambein- und Beckenschmerzen, Entzündungen der Muskeln und Kapillarkrampf sowie bei degenerativen Erkrankungen der Extremitätengelenke. In Abhängigkeit der Wirkstoffe können bei Spurenelementmangel (Magnesium, Zink, Selen, Vitamin E) Nebenwirkungen auftreten. Bayer Vital GmbH, D-51388 Leverkusen®

	ASPIRIN® PLUS C Brausetabletten 20 Stück	40 Stück
7,98	6,38	13,49 10,79

ASPIRIN® PLUS C Brausetabletten. Anwendungsgebiete: Leichtes bis mittelschweres Schmerzmittel. Fieber, auch bei Erkältungskrankheiten. Bayer Vital GmbH, D-51388 Leverkusen®

u.v.m.

Kontaktaufnahme, persönliche Freisichtung und Bestellung über
www.swbayern.de > Medical

Unser Beitrag zur Kostensenkung im Gesundheitswesen! :-)

Änderungen und Irrtümer vorbehalten
Sozialwerk der GdP Bayern GmbH · Hansastraße 17/I · 80686 München
Telefon 089 / 57 83 88 28 · Fax 089 / 57 83 88 23 · www.swbayern.de · info@swbayern.de